

Horst Goetschel: „Wir müssen Schlimmeres verhindern“

MUT stemmt sich gegen Überregulierung und die ausufernde Verbotspolitik

FÜRTH // Das Thema Tabakregulierung stand im Mittelpunkt der diesjährigen MUT-Mitgliederversammlung. Die Tagung fand, wie DTZ bereits kurz berichtete, am 8. Mai im NH-Hotel „Forsthaus“ im fränkischen Fürth statt.

Horst Goetschel, seit Frühjahr 2014 erster Vorsitzender und seit März 2016 in Personalunion auch Geschäftsführer der Organisation MUT (Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft), machte deutlich, dass die Tabakbranche gefährdet ist. „Die bereits beschlossenen Maßnahmen gegen den Tabak werden wir wohl nicht mehr stoppen können“, sagte er und fügte hinzu: „Jetzt geht es vor allem darum, Schlimmeres zu verhindern.“ Und dafür will sich MUT einsetzen.

Über den Status quo in Sachen Tabakregulierungen und darüber, was in dieser Hinsicht noch auf die Branche zukommen könnte, referierten Bodo Mehrlein, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Zigarrenindustrie (BdZ), und MUT-Berater Franz-Peter Marx.

Bei ihren Vorträgen stand neben den Eingriffen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Tabaksteuer als Regulierungsinstrument insbesondere die EU-Tabakproduktlinie (TPD 2) – im Fokus. Mehrlein merkte an, dass immer noch nicht sämtliche EU-Mitgliedsstaaten die Vorgaben der TPD 2 umgesetzt hätten, während dies andererseits aber sehr wohl von den Unternehmen verlangt würde. Und das, obwohl die viel zu knappen Umsetzungsfristen in besonderem Maße kleinere und mittelständische Anbieter vor gravierende Probleme gestellt hätten.

In Deutschland wurde die TPD 2 durch das Tabakerzeugnisgesetz und die Tabakerzeugnisverordnung umgesetzt. Kaum sei das Gesetz verabschiedet gewesen, seien bereits Änderungsgesetze in Angriff genommen worden, berichtete der BdZ-Geschäftsführer. Er nannte in diesem Zusammenhang zum Beispiel das



Horst Goetschel, Vorsitzender und Geschäftsführer von MUT.

von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt (CSU) hartnäckig verfolgte Verbot der Tabakaußenwerbung, die Einschränkungen bei der Kino-Werbung und die Untersagung von Samplings, also dem kostenlosen Vertei-



Bodo Mehrlein, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Zigarrenindustrie (BdZ).

lung der Lieferkette vom Hersteller bis zum Einzelhändler, machte Mehrlein deutlich, dass dieser Bestandteil der TPD 2 die Zigarren- und Zigarillohersteller vor weitere große Herausforderungen stellt. Zur Schmuggelbekämpfung wird Track & Trace für Zigarren-, Zigarillo- und Pfeifentabak ab Mai 2024 eingeführt. „Dafür müssten die Unternehmen einen hohen Aufwand betreiben. Und das,

NEIN ZUM NANNY-STAAT

obwohl es bei Zigarren, Zigarillos und Pfeifentabak überhaupt keinen Schmuggel gibt“, so der BdZ-Geschäftsführer.

MUT-Berater Franz-Peter Marx bezeichnete unter anderem die WHO, die EU und ihre Mitgliedsländer, aber auch Institutionen wie das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg als unmittelbar

sei, versuche die EU, ihre Bewohner vor dem Passivrauchen zu schützen. Darüber hinaus werde als Argument gegen den Tabak immer wieder ins Feld geführt, dass die durch das Rauchen verursachten Kosten die Einnahmen durch die Tabaksteuer übersteigen würden.

Sowohl Mehrlein als auch Marx konstatierten, dass die Akzeptanz des Rauchens in der Gesellschaft in den vergangenen Jahren deutlich nachgelassen habe. An dieser Entwicklung hätten verschiedene Kräfte ihren Anteil gehabt, unter anderem die NGOs (Non-Governmental Organizations) und die Medien. Bislang sei keine „Regulierungsmüdigkeit“ zu erkennen, weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene. Als Stichworte für weitere einschneidende Maßnahmen nannte Marx unter anderem Plain Packaging, also neutrale Packungen ohne Logos, Display Ban, sprich: das Verdecken der Ware



MUT-Berater Franz-Peter Marx kann keinerlei „Regulierungsmüdigkeit“ erkennen.

„Für Track & Trace müssten die Unternehmen einen hohen Aufwand betreiben. Und das, obwohl es bei Zigarren, Zigarillos und Pfeifentabak überhaupt keinen Schmuggel gibt.“

Bodo Mehrlein, BdZ

in den Läden, aber auch die Erweiterung des Jugendschutzes, zum Beispiel durch ein Anheben der Altersgrenze.

Die Tabakwirtschaft betone vor diesem Hintergrund immer wieder: „Wir sagen Ja zum Jugendschutz und zur Aufklärung, aber Nein zum Nanny-Staat.“

Dafür, dass der Nanny-Staat nicht noch weiter um sich greift, kämpft MUT. Deshalb sucht Horst Goetschel den Kontakt zu Politikern. „Zum Glück gibt es noch Politiker, die nicht genussfeindlich sind und sachlich mit dem Thema Tabak umgehen“, so der MUT-Vorsitzende. Und mit ihnen, aber auch mit anderen gesellschaftlichen Kräften und mit Verbänden innerhalb und außerhalb der Tabakbranche will er den Gesprächsfaden spinnen beziehungsweise nicht abreißen lassen. da

MUT TAGT 2018 ENDE APRIL

Im nächsten Jahr findet die MUT-Mitgliederversammlung Ende April statt. Nach dem heutigen Stand der Planungen wird voraussichtlich im Großraum Frankfurt am Main getagt.

len von Warenproben auf Veranstaltungen ab dem Jahr 2020.

Als Problem für die Zigarren- und Zigarilloanbieter bezeichnete Mehrlein auch die Restriktionen im Zusammenhang mit der Aromatisierung, etwa durch die Verbote von Kaffee-Ölen, Kaffeepflanzen und Menthol.

Zu Track & Trace, also der Rückverfolgung der Produkte über die ge-

treibende Kräfte der Tabakregulierungen. Innerhalb der EU sei das Vorsorgeprinzip „die Mutter aller Gesetzgebung“. Wesentlicher Grundsatz der Tabakpolitik in Europa sei es, Schäden für die menschliche Gesundheit zu vermeiden. Ein typisches Thema vor diesem Hintergrund sei das Passivrauchen. Obwohl eine Monokausalität zwischen Passivrauchen und Erkrankungen nicht bewiesen